

**Vereinigung der österreichischen
Richterinnen und Richter, Sektion Tirol**
Obmann Mag. Manuel Außerlechner

**Gewerkschaft öffentlicher Dienst
Landesvertretung 23, Tirol**
Vorsitzender Mag. Robert Renzler

Innsbruck, am 17.7.2026

Offener Brief an Herrn Nationalratsabgeordneten Dominik Oberhofer

ergeht auch an die

- richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Kolleginnen und Kollegen in Tirol
- Tiroler Tageszeitung

Betreff: Berichterstattung der Tiroler Tageszeitung „Harsche Kritik an zu langen Ermittlungen:
„Justiz ist dem Rechtsstaat Antworten schuldig““ vom 15.7.2026

Sehr geehrter Herr Nationalratsabgeordneter Dominik Oberhofer!

Wir sehen uns veranlasst, auf Ihre Kritik im Artikel der Tiroler Tageszeitung zu reagieren.

Personelle und organisatorische Probleme seit Jahren bekannt.

Die Landesvertretungen weisen seit Langem darauf hin, dass österreichweit bei den Landes- und Bezirksgerichten deutlich über 200 Richter:innenplanstellen sowie darüber hinaus auch Staatsanwaltschaftsplanstellen fehlen. Dieser Personalmangel ist das Ergebnis einer jahrelangen strukturellen Unterdotierung der Justiz. Dieser Umstand wurde regelmäßig in den Medien öffentlich und den politischen Entscheidungsträgern persönlich aufgezeigt, bspw. sei an die Warnung vor dem „stillen Tod der Justiz“ (Zitat Justizminister Univ.Prof. Dr. Clemens Jabloner a.D.) erinnert.

Umso mehr überrascht und befremdet es, wenn ein Nationalratsabgeordneter, der vor wenigen Tagen das Budget für 2027 und 2028 mitbeschlossen hat, nichts von personellen und organisatorischen Engpässen in der Justiz zu wissen scheint. In der Nationalratssitzung am 8.7.2026 wurde von Abgeordneten unterschiedlichster Parteien – auch von den NEOS – sowie auch von Justizministerin Dr. Anna Sporrer mehrfach betont, dass es an Ressourcen und an Planstellen in der Justiz fehlt.

Zitat von FBM Dr. Sporrer (91. Sitzung des Nationalrats am 8.7.2026, XXVIII. GP):

„Die Gerichte und Staatsanwaltschaften arbeiten am Anschlag. Eine Sechstageswoche ist in vielen Bereichen keine Seltenheit, bei den Bezirksgerichten vor allem, bei den Familiengerichten, bei den Landesgerichten, beim Handelsgericht Wien, bei den Staatsanwaltschaften, vor allem im urbanen Bereich. [...] Wir wissen, es gibt keine zusätzlichen Planstellen. Die sind von den Landesvertretungen dringend gefordert worden und das zu Recht.“

Von einem Nationalratsabgeordneten, der über das Justizbudget abstimmt, darf erwartet werden, dass ihm die seit Jahren bekannte Personalsituation der Justiz bewusst ist oder diese zumindest aufgrund

der Redebeiträge in der Nationalratssitzung kennt.

Rechtsstaatlichkeit lässt sich nicht allein durch Gesetze verwirklichen. Sie braucht Menschen, die diesen Gesetzen zur Geltung verhelfen.

Fehlen Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, können längere Verfahrensdauern für einen eingeschränkten Zeitraum nur durch unbezahlte Mehrarbeit kompensiert werden. Jede trotz Bedarf nicht geschaffene Planstelle bedeutet eine Vielzahl an Verfahren, die von anderen Kolleginnen und Kollegen zusätzlich bewältigt werden müssen.

Die Belastungsgrenzen vieler Gerichte und Staatsanwaltschaften sind längst überschritten.

Die Justiz arbeitet seit Jahren über der Belastungsgrenze. Kolleg:innen übernehmen zusätzliche Akten, verzichten ohne monetäre Abgeltung auf Erholungszeiten, arbeiten weit über das arbeitsrechtlich geschuldete Maß hinaus und sorgen aus einem großen Verantwortungsbewusstsein trotz schwieriger Rahmenbedingungen dafür, dass der Rechtsstaat funktioniert. Dieses außergewöhnliche Engagement kann jedoch fehlendes Personal nicht dauerhaft ersetzen. Motivation, Pflichtbewusstsein, Einsatzbereitschaft und Raubbau an den eigenen Kräften sind keine unerschöpflichen Ressourcen.

Ohne dieses Arbeiten am Limit wären die Leidtragenden der aktuellen politischen Entscheidungen – neben den Kolleginnen und Kollegen – insbesondere die Bürgerinnen und Bürger.

Die Politik ist dem Rechtsstaat und der Justiz Lösungen schuldig.

Die Justiz schuldet der Politik keine Erklärung für den seit Jahren bekannten Personalmangel und die strukturellen Unwägbarkeiten. Vielmehr schuldet die Politik dem Rechtsstaat und der Justiz eine zeitnahe Lösung der Probleme. Es bedarf einer nachhaltigen personellen Verstärkung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, ausreichende Budgetmittel und ein klares politisches Bekenntnis dazu, dass ein funktionierender Rechtsstaat seinen Preis hat. Jeder weitere Aufschub verschärft die Belastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Es ist Aufgabe der Legislative – in dieser Legislaturperiode auch von Ihnen, Herr Nationalrat Oberhofer – akzeptable Rahmenbedingungen für eine dauerhaft funktionierende Justiz zu schaffen.

„Aktionswoche für den Rechtsstaat – 100 % erreicht. Was jetzt?“

Die Landesvertretungen sehen sich aufgrund der nicht mehr erträglichen Arbeitsbedingungen gezwungen, mit der bereits angekündigten Aktionswoche für den Rechtsstaat vom 12. bis 16. Oktober 2026 ein deutliches Zeichen für die Sicherung eines funktionsfähigen Rechtsstaats zu setzen.

Sehr geehrter Herr Nationalratsabgeordneter, Sie sind ebenso wie alle anderen politischen Entscheidungsträger aller Fraktionen herzlich eingeladen, sich an der Aktionswoche zu beteiligen und gemeinsam für eine Stärkung des Rechtsstaats durch Zurverfügungstellung ausreichender Ressourcen einzutreten.

Für weitere Informationen stehen wir gerne auch in einem persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Mag. Manuel Außerlechner

Mag. Robert Renzler

(Obmann RIV, Sektion Tirol)

(Vorsitzender Landesvertretung 23 GÖD Tirol)